



Prüfen und Wählen 2021

Forderungen des bbk berlin mit Auszügen aus den geführten Interviews

Mit unseren Forderungen haben im Juni 2021 die Vorstandsmitglieder Frauke Boggasch und Sabine Reinfeld die Berliner Politiker*innen **Tim Renner** SPD und ehemaliger Kulturstaatssekretär, **Sebastian Czaja**, Landesvorsitzender der FDP Berlin sowie die kulturpolitischen Sprecher*innen der Abgeordnetenhausfraktionen **Dr. Robbin Juhnke** – CDU, **Regina Kittler** – DIE LINKE und **Daniel Wesener** von Bündnis 90/Die Grünen konfrontiert.

Wenig überraschend werden die Forderungen nach Mietendeckel und einer neustrukturierten Wohnungspolitik von CDU und FDP abgelehnt. In kulturpolitischen Fragen Berlin betreffend gibt es Übereinstimmung darin, die Maßnahmen der Künstler*innenförderung trotz der Corona-Belastungen wenigstens zu erhalten und nicht kürzen zu wollen. Außer bei Tim Renner überwiegen bei den anderen die Zweifel, ob ein Mehr finanzierbar ist. Atelierförderung und Atelierbüro finden alle wichtig und es findet sich ein breiter Konsens darüber, Ateliers und andere „Kulturflächen“ vermehrt in Neubauvorhaben integrieren zu wollen, hier macht auch die CDU eine klare Aussage. Aber die sonstigen Strategien zur Bekämpfung der Ateliernot sind sehr unterschiedlich. Zu Kunst im öffentlichen Raum blieben die Antworten – außer bei Tim Renner – wohlwollend, aber meist unkonkret, die Ausweitung auf private Bauvorhaben im Rahmen städtebaulicher Verträge wird von CDU und FDP abgelehnt. In Sachen Mindesthonorare gibt es mittlerweile Übereinstimmung, diese halten grundsätzlich alle für richtig.

Mit Einverständnis der Gesprächspartner*innen wurden die performativen Gespräche aufgezeichnet und die Videoclips veröffentlicht.

Mit dem 26. September 2021 sind Abgeordnetenhaus und Bundestag neu gewählt. Wir bleiben dran.

Interviewauszüge:

- **Ein Neudenken der Künstler*innenförderung**, deren Ziel es insbesondere werden muss, die Vielfalt der künstlerischen Positionen zu erhalten und zu vermehren, professionellen Künstler*innen auch in der Breite kontinuierliches künstlerisches Arbeiten und kontinuierliche künstlerische Biographien zu ermöglichen. Förderung besonderer künstlerischer Exzellenz und Projektförderungen bleiben erforderlich, sind aber im Zweifel nachrangig. Das Instrument dieses Neudenkens sind die Zeit- bzw. Recherchestipendien, deren Zahl auf 300 Stipendienvergaben jährlich für professionelle Bildende Künstler*innen substantiell erhöht werden muss.

Stimmen Sie dieser Forderung zu? Wenn ja: Was wollen Sie wann tun, um sie zu verwirklichen? Wenn nein: Was wollen Sie stattdessen tun?

1. Sebastian Czaja (FDP)

Die FDP habe sich immer für eine starke Kulturförderung eingesetzt. "Uns ist wichtig, dass wir eine florierende Kreativwirtschaft in Berlin haben und dass am Ende daraus die besten Möglichkeiten auch für die Künstlerinnen und Künstler entstehen. Einen dauerhaften Beitrag zum Beispiel zur Existenzsicherung, wie Sie das ja vorschlagen, hingegen glaube ich, können wir nicht leisten. Und deshalb schlagen wir ganz konkret aber eine andere Lösung vor, um zu demselben Ziel zu kommen, was Ihnen wichtig ist. Für die Existenzsicherung schlagen wir nämlich das liberale Bürgergeld vor."

2. Regina Kittler (Die Linke)

Stimmt grundsätzlich einer Erhöhung der Zahl von Recherche- und Arbeitsstipendien zu, um vermehrt Arbeitsprozesse fördern zu können, ist aber skeptisch, ob das bereits im kommenden Doppelhaushalt (für 22/23) möglich sein wird. "Also wir werden jetzt erst einmal schauen müssen, dass wir das verteidigen, was wir jetzt in den letzten Jahren erkämpft haben...".

3. Daniel Wesener (Bündnis 90 / Die Grünen)

"Wir haben insgesamt als Koalition die Stipendien deutlich ausgeweitet." Daniel Wesener fallen 2 Dinge auf: "Zum einen, dass die Sparte Bildende Kunst mit Abstand am meisten Geld hat im Bereich der Recherchestipendien, da gibt es eine ganze Reihe von anderen Sparten, wo deutlich weniger Geld und damit auch deutlich weniger Stipendien eingestellt sind, darüber werden wir diskutieren müssen. Und das Andere ist, ja, wie sich das mit dem Geld halt insgesamt verhält, insbesondere in einer Corona-Krise, wo ich Ihnen etwas vormachen würde, wenn ich Ihnen versprechen würde, dass wir in den nächsten zwei Jahren deutlich mehr Geld für die Kulturförderung insgesamt hätten. Ich lege mich an einer Stelle fest: Wir wollen das Geld, was zurzeit eingestellt ist, egal ob für Recherchestipendien oder für die Förderung von Bildender Kunst insgesamt, mindestens fortschreiben. " Wenn "nachgeschossen" werden kann, wären Stipendien eine der Prioritäten.

4. Robin Juhnke (CDU)

stimmt der Forderung im Grundsatz zu. Man solle weniger "nur immer auf den Output gucken. Ich glaube, da sollte man an der Stelle ansetzen." Aber die Haushaltslage sei aktuell noch nicht überschaubar. "Wir müssen tatsächlich hier auch mindestens eine gleichwertige Förderung ermöglichen, wie in der Vergangenheit. Das wird wahrscheinlich schwer genug sein vor dem Hintergrund der Haushaltsrestriktionen, und deshalb setzen wir uns ja auch ein für eine gesetzliche Regelung der Kulturförderung ein."

5. Tim Renner (SPD)

"Absolute Zustimmung! Wir wollen dies eindeutig noch steigern, weil wir einfach gemerkt haben, genau das ist der richtige Weg: Menschen die Möglichkeit geben, wirklich frei zu arbeiten. Es macht keinen Sinn, sie des Drucks des Kapitals zu entziehen, um auf der anderen Seite sie in den Druck der Administration zu geben, weil das ist das, was ganz häufig bei Projektförderung geschieht. Das heißt nicht, dass man die komplett abschaffen muss. Eine Projektförderung ist wirklich dafür da, wenn Sie jetzt wirklich ein ganz konkretes Projekt haben, was sie eh umsetzen wollen, dann fällt es ihnen auch leicht, das zu skizzieren und im Zweifel auch zu administrieren. Aber meist arbeiten Künstlerinnen und Künstler, die ich kenne, so nicht."

-
- **Eine verbindliche Gewährleistung von Mindesthonoraren und -gagen** für alle künstlerischen Leistungen, die im Rahmen oder unter Nutzung öffentlicher Förderungen Berlins erbracht werden. Diese Mindesthonorare werden auf der Grundlage von Honorartabellenvorschlägen der Berufsvertretungen, für die Bildenden Künstler*innen des bkk berlin, von der Senatskulturverwaltung festgesetzt und in Abstimmungen mit den Berufsvertretungen alle 2 Jahre überprüft und ggfs. angepasst.

Stimmen Sie dieser Forderung zu? Wenn ja: Was wollen Sie wann tun, um sie zu verwirklichen? Wenn nein: Was wollen Sie stattdessen tun?

1. Sebastian Czaja (FDP)

"Wir möchten, dass es gerne eine leistungsgerechte Entlohnung gibt für die Künstlerinnen und Künstler, dass es ein wertschätzendes Miteinander gibt, und wir setzen auch auf die Vertragsfreiheit. Das heißt, man orientiert sich aus unserer Sicht insbesondere an den Honorartabellen der Berufsverbände, die eine empfehlende Wirkung haben können."

2. Regina Kittler (Die Linke)

"Ja, also das würde ich voll unterstützen."

3. Daniel Wesener (Bündnis 90 / Die Grünen)

"Was die so genannten Mindesthonorare angeht, würde ich behaupten, sind wir Vorreiter gewesen und haben zwischenzeitlich in vielen Sparten, nicht in allen, aber in vielen Sparten genau die Praxis etabliert, die Sie beschrieben haben. Denn in der Tat, der Satz, dass man gerade auch im öffentlichen Auftrag von seiner Arbeit leben muss, der gilt natürlich auch für die öffentliche Kulturförderung. Insofern ist es für mich das Mindeste, dass bei einer solchen Förderung auch die entsprechenden Honorare gezahlt werden."

4. Robin Juhnke (CDU)

"Also es ist klar, dass man von dem, was man da tut, auch leben können muss." Dr. Juhnke will die Zahlung von Mindesthonoraren zur Voraussetzung für die öffentliche Förderung von Vorhaben oder Einrichtungen der Kultur machen.

5. Tim Renner (SPD)

"Absolut stimme ich dem zu. (...) Da war ich zuständig. Wir waren das erste Bundesland überhaupt, das die Mindesthonorare festgeschrieben hat bei öffentlichen Aufträgen für Künstlerinnen und Künstler. Man spricht in Deutschland sogar da vom Berliner Modell. (...) Die Überprüfung, die regelmäßige, ist absolut richtig, die Sie dort fordern, ist auch genauso angedacht, und die Ausweitung (...) ist für mich sogar fast noch wichtiger. Wenn da ein kleines Haus ist, das ab und an eine Förderung erhält vom Land Berlin, aber eben halt Künstlerinnen und Künstler nicht angemessen vergütet, in dem Moment, wo sie ausgestellt werden oder wenn sie beauftragt werden, dann verlieren die aus meiner Sicht die Fördermöglichkeit."

-
- **Eine zielgenaue und wirksame Atelierförderung**, in die das Land Berlin und seine Beauftragten unseren Atelierbeauftragten und sein Büro auch programmatisch mitgestaltend einbezieht. Nötige Instrumente sind unter anderem: eine Selbstverpflichtung des Landes Berlin bzw. seiner Gesellschaften zum Bau von belegungsgebundenen im Rahmen des öffentlich geförderten Wohnungsbaues - Zielmarke: 1% dieser Wohnungsneubauten -, die Einbeziehung der Infrastruktur für künstlerisches Arbeiten in alle Planungs- und Satzungsinstrumente Berlins, eine regelmäßige Aufstockung des Atelieranmietprogrammes im "Arbeitsraumprogramm", um eine sofort wirkende Vergrößerung der Zahl bezahlbarer Ateliers zu ermöglichen, eine Neustrukturierung aller Fördermaßnahmen und der Grundstücksvergaben Berlins mit dem Ziel, die Künstler*innen selbst und alle an gemeinwohlorientierter Immobilienwirtschaft interessierten Akteure der Zivilgesellschaft zu befähigen, selbst die Schaffung und Erhaltung bezahlbarer Ateliers in die Hände nehmen zu können.

Stimmen Sie dieser Forderung zu? Wenn ja: Was wollen Sie wann tun, um sie zu verwirklichen? Wenn nein: Was wollen Sie stattdessen tun?

1. Sebastian Czaja (FDP)

"Sie sprechen damit eine Frage an, die uns ja in Berlin sehr umfassend bewegt und beschäftigt". Die FDP setzt sich für den Aufbau einer Zwischennutzungsagentur ein. "Wir möchten deshalb auch ein Kulturkataster in Berlin einführen, um langfristig die Möglichkeiten zu haben, solche Räume zu finden in der Stadt und auch anzubieten...". Mit Verweis auf das Beispiel Haus der Statistik möchte Sebastian Czaja darauf aufbauend spezifische Vorhaben entwickeln. "Sodass wir nicht mit der Pauschalität daran gehen, sondern über die eben genannten Lösungen sehr spezifisch Angebote schaffen wollen."

2. Regina Kittler (Die Linke)

"Ja, ich komme mir so langsam ein bisschen komisch vor: aber ja, dem stimmen wir zu." Regina Kittler weist auf die Bundesratsinitiative des Senates zur Einführung einer Regulierung von Gewerbemieten hin. " (Wenn) ein neues Stadtquartier entsteht, dann muss Kultur und Kunst unbedingt immer mitgedacht werden". Und es sei klar, dass das Senatsziel, 2000 Arbeitsräume (aller Sparten) anbieten zu können, nicht ausreicht. "Wir brauchen mehr, deutlich mehr! Und das ist auch eine Zielstellung, die die Linke unbedingt durchkämpfen will, auch in den Haushaltsauseinandersetzungen, dass dafür auch die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen."

3. Daniel Wesener (Bündnis 90 / Die Grünen)

"Ja, es gibt ein tolles Atelierprogramm, und es gibt immer wieder tolle Atelierbeauftragte, viele Grüße an Martin Schwegmann. Das ist ein Erfolgsmodell für Berlin. Und wenn man so etwas macht, dann ist es auch naheliegend, dass genau diese Partizipation und auch die Aufgaben, die das Atelierprogramm wahrnimmt, so von der Politik befürwortet werden. (...) Zum jetzigen Zeitpunkt wird es notwendig sein, für die Sicherung aber auch für den Ausbau von Ateliers in die Anmietung zu gehen. (...) Trotzdem wäre meine Priorität eine andere, nämlich die Sicherung bzw. die neuen zusätzlichen Objekte, die der öffentlichen Hand gehören (...). Und wenn wir Sie da mit einer festen Quote über alle bzw. über die ganze Stadt rangehen, werden Sie merken, dass sie am Ende sehr viel weniger haben, als wenn Sie so vorgehen, wie wir das bereits im letzten Jahr gemacht haben, wo wir an bestimmten Standorten wie der Prenzlauer Promenade oder der Alten Münze, oder, oder, oder, ja gesagt haben. Da soll hauptsächlich Kultur stattfinden und nicht nur zu einem Prozent."

4. Robin Juhnke (CDU)

Dr. Juhnke sieht hier eines der Hauptproblemfelder und ist skeptisch, ob die Zentralisierung der Aufgaben im "Kulturraumbüro" zielführend ist. "Ich halte das, was sich dort über Jahre entwickelt hat mit dem Atelierbeauftragten für hilfreich und sinnvoll", aber "gleichwohl wird ein Atelierbeauftragter alleine nicht reichen." So möchte die CDU bei neuen Stadtquartieren eine Quote von 2 Prozent der Flächen für Kulturnutzungen, also u.a. Ateliers durchsetzen. "Das ist eines der Instrumente, die wir vorschlagen."

5. Tim Renner (SPD)

"Wird fast langweilig, aber auch hier bin ich wieder voll dabei. (...) Das Atelierprogramm ist dabei ein ganz, ganz entscheidender Baustein. Meiner Meinung nach brauchen beide Etats, also sowohl den von mir gemachten als auch den von Klaus Lederer gemachten, das ist der Bereich mit dem größten Aufwuchs, wie man in der Verwaltung sagt, also mit den größten Steigerungen (...).

Es ist der aktuellen Regierung leider nicht gelungen, das Ziel zu erreichen, wenigstens Tausend Ateliers am Ende der Legislatur zu haben. Hier müssen wir, obwohl die Mittel da sind, deutlich mehr Gas geben. Wir brauchen bessere Strukturen. Deshalb ist es auch gut, dass wir mittlerweile das Kulturraumbüro haben, also eine weitere Struktur noch neben dem Atelierbeauftragten (...). Denn wir wollen eigentlich mindestens 50 % dieser Ateliers selbst besitzen. Viele Künstlerinnen und Künstler haben es gemerkt, irgendwann laufen nämlich sonst die Mietverträge auch des Landes aus, und dann beginnt das Problem wieder komplett von neuem. Wir müssen Plätze dauerhaft sichern. Da müssen wir aber auch erheblich einen Schritt weiter gehen. Ich arbeite da mit einem ehemaligen Atelierbeauftragten, Florian Schmidt, der ist in der falschen Partei aus meiner Sicht, bei den Grünen, aber dennoch ein guter Mann, sehr, sehr gut zusammen in Friedrichshain-Kreuzberg. Da versuchen wir gerade durchzudrücken, dass es eigentlich keine private Entwicklung mehr von Gewerbeflächen gibt, wo nicht mindestens zehn Prozent soziokulturelle Fläche vorgesehen sind. Das kann einen extremen Boost geben, wenn uns das gelingt, auf die ganze Stadt auszudehnen. Will sagen, wenn Du irgendwie baust, musst Du zusehen, dass Du Flächen für Künstlerinnen und Künstler schaffst, die auch wirklich bezahlbar sind, wenn das wirklich bei jedem Neubau, wo Büros oder Gewerbe reinkommt, verpflichtend ist, dann haben wir eine ganz, ganz andere Situation in der Stadt. Ich glaube, das ist möglich. Die Stadt macht das schon bereits im Bereich des sozialen Wohnungsbaus (...), und genauso sagen wir, eben halt zehn Prozent, wenn Du Büros baust, müssen so sein, dass die Preise für Künstlerinnen und Künstler, für Kreative, für kulturelle Nutzungen, auch bezahlbar sind."

-
- **Kunst und Künstler*innen sollen im Stadtraum sichtbarer werden.** Über städtebauliche Verträge werden Wettbewerbsverfahren für Kunst-am-Bau und im Öffentlichen Raum auch bei privaten Bauvorhaben und generell auch bei größeren Vorhaben des Wohnungsneubaus realisiert, die Deckelung des Höchstbetrages für Maßnahmen für Kunst-am-Bau wird aufgehoben, die Mittelansätze für Kunst im Öffentlichen Raum sowohl des Landes wie der Bezirke werden vergrößert, die Expertise der Künstler*innen im Beratungsausschuss Kunst wird durch eine Vergrößerung der Zahl der vom bbk berlin zu entsendenden Mitglieder besser genutzt.

Stimmen Sie dieser Forderung zu? Wenn ja: Was wollen Sie wann tun, um sie zu verwirklichen? Wenn nein: Was wollen Sie stattdessen tun?

1. Sebastian Czaja (FDP)

"Ich will grundsätzlich eine Anmerkung machen, weil das uns als Freien Demokraten sehr wichtig ist, dass Kunst und Kultur als geistige Grundnahrungsmittel zu verstehen sind. (...) mit der Frage Kunst am Bau und der Forderung auch das festzuschreiben, sehen wir einen Zielkonflikt, nämlich den Zielkonflikt in der Frage bezahlbares Wohnen und damit die soziale Frage unserer Stadt dieser Zeit zu beantworten (...). Das könnten Kosten sein, die am Ende dann sich auf Miete oder dergleichen umlegen. Von daher setzen wir darauf, die Street Art aus der Illegalität zu holen und vielmehr über die Frage von freiwilligem Dialog und Austausch darauf zu setzen, dass Kunst und Street Art auch an neuen entstehenden Projekten und Bauvorhaben in Berlin mitberücksichtigt werden. Eine Verpflichtung, davon würden wir abraten."

2. Regina Kittler (Die Linke)

„Der Forderung generell stimme ich erst mal zu. (...) Was ich richtig finde, dass es auch private Bauträger in die Pflicht genommen werden müssen. Ich finde durchaus, dass man auch hier sagen muss, da gibt es eine Quote, die habt ihr zu erfüllen, und wenn ihr das nicht macht, kriegt ihr nicht den Zuschlag und könnt nicht bauen. (...) Was die Aufhebung des Deckels angeht, komme ich wieder einmal an den Anfang zurück: Also, da haben wir einfach Haushaltsbeschränkungen, und solange wir nicht mehr Mittel generell im Haushalt haben, wird das schwierig werden. Also, den Deckel aufzuheben, das ist eine schöne Zielstellung, die ich aber maximal mittelfristig sehen würde.“

3. Daniel Wesener (Bündnis 90 / Die Grünen)

"Auch diese Diskussion kenne ich bestens: Ich hab sie mal anhand einer sehr konkreten Fragestellung hier im Parlament diskutiert, auch da gibt es eine schriftliche Anfrage von mir und zwar im Zusammenhang mit der Berliner Schulbauoffensive, die ja mal ursprünglich mit 5,5 Milliarden veranschlagt war, zwischenzeitlich sind wir bei deutlich über zehn Milliarden, und wo sich ja auch die interessante Frage gestellt hat, wie viel von diesem Geld geht auf der Grundlage der einschlägigen Regelung, ABau und was wir da alles haben, (...) wie viel fließt da eigentlich in den Bereich der Kunst am Bau? Ich glaube, dass es aus der kulturpolitischen Perspektive nur richtig sein kann, immer zu fordern, dass dieser Anteil möglichst groß ist. Ich habe aber allerdings auch gelernt, auch im Austausch mit dem bbk, dass es ein paar Fragen gibt, die für mich sogar noch wichtiger wären. Und Sie haben sie angetippt, das ist bspw. die Frage, gelingt es diese Mittel, die ja jetzt schon nicht ganz klein sind, dann auch am Ende so zu operationalisieren, dass wir offene Wettbewerbe haben. Oder wird eine Praxis fortgesetzt, wo es eben diese offenen Wettbewerbe aus Zeit- und Personalmangel nicht gibt. Also, wir werden auch und meines Erachtens prioritär darüber reden müssen, dass das, was es braucht, auch an Jurys et cetera pp., dass das finanziell so ausgestattet ist, dass wir am Ende nicht zwar ganz, ganz viel Geld für Kunst am Bau bzw. Kunst im öffentlichen Raum haben, aber am Ende das Ganze gar nicht in der Art und Weise umsetzen können, wie es meines Wissens auch der bbk fordert, nämlich natürlich in Gestalt von offenen Wettbewerben."

4. Robin Juhnke (CDU)

„Also jetzt zu der Frage der Mittel usw. würde ich mich vor dem Hintergrund noch generell zu klärender Fragen bezüglich des Haushalts nicht auf irgendeine Zahl festlegen lassen. Gleichwohl ist das ein wichtiges Thema, das macht Kunst präsent, das macht Künstler, versetzt Künstler in die Lage, auch etwas vorzuweisen, wo sie öffentlich wahrgenommen werden (...)" Das müsse weiterhin gewährleistet bleiben. In Bezug auf Juryverfahren will sich Dr. Juhnke noch nicht festlegen, hält aber eine Reform für nötig.

5. Tim Renner (SPD)

„Prinzipiell stimme ich zu, aber ich glaube, das muss man sogar noch ein Tickchen weiterdenken, weil wir haben eine Situation, wo, die zwar jedes Mal der Beratungsausschuss Kunst und Kultur herangezogen wird, aber nicht unbedingt jedes Mal auf ihn gehört wird. Ich glaube, wir brauchen hier eine größere Verlässlichkeit, dass Entscheidungen, die dort getroffen werden, auch wirklich exekutiert werden, Übrigens auch von privaten Investorinnen und Investoren. Also, hier sollten wir durchaus mutig sein, weiter zu denken. Von der Vertretung her, von einer besseren Vertretung des bbk da drin, da hätten wir kein Problem, das sehen wir eigentlich prinzipiell auch vor. Wir würden aber noch einen Schritt weiter gehen. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir lokale Künstlerinnen und Künstler auch mit einbeziehen, noch mal on top, das heißt, dass einerseits Menschen, die durch den Berufsverband (...) erkoren sind, ihre Kolleginnen und Kollegen zu vertreten, aber auch Leute, die direkt vor Ort arbeiten als Künstlerinnen und Künstler, um wirklich immer diese Verankerung dann auch hinzubekommen. (...) Generell müssen wir einfach einen Schritt weiter gehen, wenn wir über Kunst und Kultur sprechen und die Entwicklung des städtischen Raums. Zu meiner Zeithatten wir noch den Stadtentwicklungsplan Kultur in der Mache." Dieses Projekt solle man wieder aufgreifen.

➤ **Der Bund muss eigene Beiträge zur Stabilisierung und Verbesserung der sozialen Lage von Künstler*innen leisten. Dazu gehört:**

- zur **Bekämpfung von Altersarmut** eine sofortige Reform der neu eingeführten Grundrente mit dem Ziel, langjährig über die KSK versicherte und beitragszahlende Künstler*innen auch dann für sie bezugsberechtigt zu machen, wenn sie weniger als ein Drittel des Durchschnittseinkommens aus abhängiger Arbeit erwirtschaftet haben. Diese Grenze muss fallen - sonst wird die Ungleichbehandlung selbständiger und unselbständiger Arbeit verstetigt, bleibt die große Mehrheit der Künstler*innen von der Grundrente ausgeschlossen.
- Dazu gehört auch eine wirksame **Bekämpfung der Wohnungs- und Arbeitsraumnot** in den Großstädten, die Künstler*innen als generell einkommensschwache Gruppe besonders trifft. Instrumente sind hier bundesweite Regelungen, die den permanenten Mietanstieg in Großstädten nach dem Modell des Berliner Mietendeckels unterbinden, ein verbesserter Schutz vor Eigenbedarfsanmeldungen, Luxusmodernisierungen und Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen, ein verbesserter Kündigungsschutz für Gewerbetennehmer*innen, eine substantielle Vermehrung der Förderung des Sozialen Wohnungsbaus.

Stimmen Sie dieser Forderung zu? Wenn ja: Was wollen Sie wann tun, um sie zu verwirklichen? Wenn nein: Was wollen Sie stattdessen tun?

1. Sebastian Czaja (FDP)

"Ich kann landespolitisch dazu beitragen, eine Mietsenkende Neubauoffensive in Gang zu setzen, damit Wohnen bezahlbar bleibt. Ich kann dazu beitragen, dass sich vielmehr Menschen in unserer Stadt auch Eigentum leisten können, damit sie im Alter nicht durch die Last von Mietzahlung in die Knie gezwungen werden. Deshalb haben wir ein Mietkauf-Modell vorgeschlagen, damit man mit 700, 800 Euro Mietbelastung auch in den nächsten 20 bis 25 Jahren Eigentum bilden kann. Wir wollen darüber hinaus, um noch einmal den bundespolitischen Blick zu weiten, natürlich auch die Altersvorsorge und das Rentensystem modernisieren, um damit entsprechend mehr Flexibilität auch an Zuverdienst zu haben und damit auch mehr Möglichkeiten zu haben, an den Stellen in seinem Leben selbst zu entscheiden und sich auch selbst damit sozial absichern zu können. Alles in allem bleibe ich dennoch dabei, dass die großen Linien, die Sie hier beantwortet wissen wollen, bundespolitische Fragen sind."

2. Regina Kittler (Die Linke)

"Also, da würde ich überall einen Haken hinter machen wollen, hinter alle Vorschläge. Das ist linkes Anliegen, also da kann ich nur überall einen Haken hinter machen."

3. Daniel Wesener (Bündnis 90 / Die Grünen)

"Sie werden es vielleicht auch mitbekommen haben, meine Bundestagsfraktion hat sich hinsichtlich ihrer ersten Frage positioniert. Wir haben hinsichtlich der Grundrente, aber auch in anderen Bereichen der Sozialgesetzgebung bzw. der sozialen Sicherungssysteme eine Benachteiligung von Künstlerinnen und Künstlern, die als Freiberufler*innen unterwegs sind. Und da kann ich nicht nur ihre Forderung gut nachvollziehen, sondern finde auch diesen konkreten Vorschlag völlig richtig. (...) Bei der zweiten Frage da bin ich noch klarer. Den Mietendeckel, den gibt es so in Berlin ja leider nicht mehr, den hat es aber auch nie gegeben für Gewerbe. Das ist eine Forderung von uns Grünen: eine bundesgesetzliche Regelung, die es den Ländern ermöglicht, genau solche Mietendeckel einzuführen. Das kann der Bundesgesetzgeber machen, das hat er auch schon in Teilen gemacht, bspw. der Milieuschutz. Genau das wollen wir auch für eine Deckelung der Mieten. Und zweitens, und das ist dann auch mein letzter Satz, wir wollen da nicht nur die Wohnungsmieterinnen einbeziehen, sondern wir wollen auch ermöglichen, dass das für Gewerbenieterinnen gilt, das heißt, Ja, zweimal Ja! Auch wenn ich wenig dazu beitragen kann."

4. Robin Juhnke (CDU)

hält nichts von "staatlichen Direktionen oder irgendwelchen Deckelungen." Nötig sei einfach "mehr an Raum, mehr an Fläche". Die CDU wolle eine verbesserte Subjektförderung, "das heißt also, ein Berliner Mietergeld wollen wir einführen", damit Wohnen bezahlbarer wird. Für die Schaffung von Ateliers gelte es auch, die Initiative von Künstlergruppen oder Privater zu unterstützen, "ohne dass man jetzt zu dirigistischen Maßnahmen greifen muss, weil ich glaube, dass die unter dem Strich unabhängig von der ideologisch geführten Debatte dahinter zu keinem effizienten oder zu keinem tatsächlichen Nutzen führen bei der Schaffung von Wohn- oder Atelierraum."

5. Tim Renner (SPD)

„Ich kann wieder nur sagen: Ja! (...) Also, fangen wir von hinten an, was die Sicherung von noch mal Mieten und Ähnlichem angeht, Gewerbenieten, der Deckel steht bei uns drin, ist auch hochgradig notwendig. (...) Und Umwandlungsverbot, absolut richtig, steht auch bei der SPD so drin. Dann kommen wir zur KSK. Hier brauchen wir dringend eine Modernisierung und eine neue Auffassung. Dazu gehört übrigens auch, dass die SPD in ihrem Programm drin hat, das hat sie auch im Bundesprogramm drin, dass wir eigentlich von einer Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitssicherung kommen müssen. Dauernd müssen wir da ein System bekommen, wo auch für Selbständige das gilt, was für Festangestellte gilt, korrespondieren sollte mit dem, was man an realen Einkünften hat. Also, ja, der Weg, den Ihr da einschlagt, oder Sie da einschlagen, ist der absolut richtige, er findet sich auch bei uns wieder, und muss zu Ende gedacht werden, denn er betrifft viel, viel mehr als die Künstlerinnen und Künstler. Ihr, die Künstlerinnen und Künstler seid eine Avantgarde, die bereits Arbeitsformen darstellen und praktizieren, die mehr und mehr Menschen betreffen werden in unserer Gesellschaft, gerade im digitalen Wandel. Und dementsprechend müssen wir es hinkriegen, dass es bei Euch klappt, und dann eben halt die Learnings, das, was wir da erkennen, weiter scrollen auf einen viel größeren Kreis der Gesellschaft."